

*„Nötig und möglich wäre eine neue, klar dargebotene Synthese von Jefferson und Marx. Was immer in Amerika schiefgegangen ist, Jeffersons First Amendment verschafft einem jeden aufrechten Herz und Hirn das bestmögliche gute Gewissen, ja die Pflicht zur Gedanken-, Rede- und Pressefreiheit wie in keiner anderen Verfassung. Von Marx stammt die Methode systematischer Analyse und Kritik der wirklichen Produktions- und Distributionsverhältnisse des industriellen Kapitalismus. Dabei sind seine Analysen und Ergebnisse nicht als Fertigfabrikate einzukassieren, sondern ihrerseits kritisch zu erweitern. (...) Auffallenderweise hat gerade der korporative Kapitalismus am meisten von Marx gelernt, wieso und wie sehr es im Wirtschaftlichen auf Planung ankommt – eben auf geplanten Profit.“*

*Joachim Schumacher, 1978, 378f*

### **„Neue Wirtschaftsdemokratie“**

## **Herausforderung für integrierende gesellschaftliche Übergangsforderungen angesichts der Krise des neoliberalen Rollbacks<sup>1</sup>**

### **1. Das Linke Thema der historischen Stunde?**

Wirtschaftsdemokratie könnte als ein spezifisch deutsches Thema angesehen werden. Der Begriff ist mit dem ADGB Konzept von 1928 verknüpft (Naphtali 1977/1928) und auch irgendwie seit den Betriebsräten in der Novemberrevolution von 1918 mit der Mitbestimmung, die ja schon eher spezifisch deutsch ist. Aber es ging in der Geschichte der Arbeiterbewegung seit den frühsozialistischen Anfängen im Gefolge der großen bürgerlichen Revolutionen in Amerika und in Frankreich immer nicht nur um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sondern auch um die Organisation seiner Erzeugung in einer demokratischen Gesellschaft. Und dieser Strang reicht von den konzeptionellen Überlegungen C. H. Saint Simons oder den utopisch-sozialistischen Projekten R. Owens und England und den USA bis hin zu heutigen Projekten solidarischer Ökonomie, z.B. in Brasilien (Altvater/Sekler 2006).

Krisen und Umbrüche waren seither immer Stunden entsprechender Forderungen. In Deutschland etwa reicht diese historische Entwicklungslinie von der Forderung nach der Wahl der Meister seitens der „Allgemeinen Arbeiterverbrüderung“ in der Revolution von 1848 über die Genossenschaftsbewegung als „drittes Bein“ der Arbeiterbewegung (Novy 1984, Eisenberg 1985) und später Carl Legiens Konzept der „institutionellen Fabrik“ hin zu den Betriebsräten in der Novemberrevolution (von Oertzen 1976). Die vielfältigen einander überlagernden Krisenentwicklungen heute setzen das Thema von Neuem auf die Tagesordnung. H.-J. Urban hat die Frage, ob „Wirtschaftsdemokratie nicht das linke Thema der historischen Stunde“ sei, daher zu

---

<sup>1</sup> In einer gekürzten Fassung erschien dieser Aufsatz in der Zeitschrift „Das Argument“, Heft 2/2011, S. 211-221

Recht im Februar 2010 noch so gestellt.<sup>2</sup> Ich werde in den folgenden Thesen dieser Frage nachgehen und dabei für die Entfaltung eines Konzepts der „neuen Wirtschaftsdemokratie“ plädieren, das ich im Weiteren umreißen will.

## 2. Die neue „große Krise“ ist noch keinesfalls überwunden

Die „neue Weltwirtschaftskrise“ (P. Krugman 2009) ist noch keineswegs überwunden, auch wenn die deutsche Wirtschaft nach den beispiellosen Einbrüchen der Jahre 2008/9 im Sommer 2010 schon „wieder in Partylaune“ war, wie ihr neoliberaler Vordenker Hans-Werner Sinn formuliert hat (SZ 24./25.07. 2010). Die Weltwirtschaftskrise von 2008ff markiert eine Zäsur, vergleichbar nur mit der von 1929ff, und man muss vielmehr fragen, ob wir, insbesondere in europäischer Perspektive, trotz des beachtlichen ökonomischen Aufschwungs in der Bundesrepublik in Europa nicht erst am Anfang der Krise stehen (Balibar 2010).

Dabei geht es heute nicht nur um ökonomische Krisen (der Finanzwirtschaft, der Realwirtschaft, der zivilisatorischen Leitbranche, also der Automobilindustrie, des internationalen Währungssystems). Es gibt daneben eine ökologische Krise, eine Welt hungerkrise, eine Krise der Politik und sicher auch eine der EU. Die alle überlagern sich, verstärken einander, verdecken einander aber womöglich auch – und jedenfalls ist die herrschende Politik beharrlich darauf aus, wechselseitige Bezüge gerade nicht sichtbar zu machen, um die herrschende Unordnung der Globalisierung nach neoliberalen Muster fortführen zu können.

Festzustellen ist heute aber auch – trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs hier im Lande – eine gewachsene Ratlosigkeit unter prominenten Angehörigen der wirtschaftlichen und politischen Elite und auch ein wachsender Unmut der Bürger.<sup>3</sup> Eine

---

<sup>2</sup> Wörtlich in dieser Formulierung in seinem Referat auf der Berliner Tagung in Erinnerung an Jörg Huffs Schmidt am 20.02. 2010 (eigene Mitschrift), allerdings auch damals schon mit dem Hinweis, das es in der Folge von Krise und sich andeutender konjunktureller Erholung auch Ansatzpunkte zu einem „neuen Korporatismus“ in den Gewerkschaften gebe.

<sup>3</sup> Die Reflexionen nicht weniger (Halb)Aussteiger unter den eher im sozial-liberalen Spektrum zu verortenden Protagonisten des neoliberalen Projekts offenbaren inzwischen jedenfalls ein deutlich erschüttertes Vertrauen in dessen bislang vorgeblich so alternativlose Entwicklung. D. Goeuedevart (2008), E. Reuter (2010) oder P. Steinbrück (2010) gehören in diesen Zusammenhang ebenso wie die offenkundigen Irritationen ernst zu nehmender Liberaler. So hat Sir R., Dahrendorf (2009) kurz vor seinem Tod gefordert, angesichts der Krise des „extremen Pumpkapitalismus“ den Begriff des Stakeholder – und „dazu gehören Zulieferer und Kunden, vor allem aber auch die Bewohner der Gemeinden, in denen Unternehmen tätig sind“ (...) „wieder in das Zentrum der Entscheidungen zu rücken“ – freilich ohne daraus institutionelle Schlüsse zu ziehen. Und Im Zuge des „Dahrendorf Memorial Lecture“ im Mai 2010 in Oxford wurden im „Kernland des Liberalismus“ folgerichtig weitgehende systemkritische Fragen gestellt. J. Schloemann

stabile Entwicklung im Ergebnis der herrschenden „Lampedusapolitik“ des „alles muss sich ändern, damit alles so bleibt, wie es ist“, ist freilich „ohne die Arbeit des Negativen“ (Hegel) nicht absehbar.<sup>4</sup>

### 3. Warum Neue Wirtschaftsdemokratie?

Es gibt unstrittig wirtschaftsdemokratische Wurzeln der Montanmitbestimmung, und damit der deutschen Mitbestimmung insgesamt, denn die Montanmitbestimmung war „die isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die Kräftekonstellation der Nachkriegszeit“ (U. Borsdorf, 1982, 272). Aber an dieses Wirtschaftsdemokratiekonzept lässt sich nicht einfach anknüpfen. Ich nenne die wichtigsten Gründe:

- Es war verknüpft mit Hilferdings Theorie des organisierten Kapitalismus, einer der verschiedenen „Großtheorien“ kapitalistischer Entwicklung, die sich heute sämtlich nicht mehr halten lassen (Krumbein 2009, Wendl. 2010).
- Es hat gerade die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus unterschätzt – weshalb es 1929 ja auch schon tagespolitisch nicht mehr aktuell war.
- Ihm lag eine starke Orientierung auf Plan und „Austauscheliten“ in zentralen Gremien zugrunde, verbunden mit einiger Distanz gegenüber einer Beteiligung von Betriebsräten, geschweige denn seitens der Beschäftigten selbst.
- Das Staatsverständnis war zudem recht idealistisch.<sup>5</sup>

Vor allem aber muss man bedenken, dass Naphtalis Konzept als eines des friedlichen Übergangs zum Sozialismus gedacht war, und man kann nach der Implosion des „Realsozialismus“ ja nicht einfach der Frage ausweichen, zu welchem Sozialismus hin denn heute ein solcher Übergang gedacht werden soll. Andererseits ist die wirtschaftsdemokratische Begründung, es gehe bei diesem Konzept um eine Vervollständigung der Demokratie gerade heute in Zeiten „postdemokratischer“ Verhältnisse (Crouch 2008) sehr ernst zu nehmen.<sup>6</sup> Freilich bedeutet sie zugleich, dass damit

---

konstatiert in einem Tagungsbericht in der SZ: „Der oberste Regulierer des britischen Finanzmarkts hat tiefe Zweifel an der Marktwirtschaft“ (SZ 07.05. 2010).

<sup>4</sup> J. Schumacher formuliert in dem Nachwort (1970) zu seiner immer noch lesenswerten Arbeit von 1937 in seinen Ausführungen zum Begriff des Nichts bei Hegel und der „Aufhebung“ der Hegelschen Dialektik bei Marx und Bloch: „Die Negation war immer ein Etwas, kein Nichts, selbst wo sie als bloßer Mangel vorkommt. Der Mangel an Kontrolle über die Produktionsmittel bei Arbeitern, Bauern und bei der technischen und geistigen Intelligenz ist kein Nichts, sondern das Vorhandensein dieser Mittel beim Kapitalisten. Und selbst, wenn das Werden noch nicht zur Evidenz von Etwas führt, ein Novum konstituierend, so ist es auch kein Nichts, sondern das Vorhandensein der Voraussetzungen zur wünschbaren Entwicklung“ (Schumacher 1978, 392).

<sup>5</sup> Zu allen diesen Punkten vgl. Borsdorf 1986.

<sup>6</sup> Die akademische Debatte zur Krise der Politik wird im Übrigen schon lange in unterschiedlichen einzeldisziplinären Bezügen geführt. Beteiligt daran sind Philosophen wie

Fragen einer demokratisch fundierten Steuerung hoch komplexer, in den letzten Jahren zunehmend dem Markt „systemisch“ überlassener Prozesse aufgeworfen ist, auf die es sicherlich keine einfachen basisdemokratischen Antworten gibt. Andererseits weist H.-J. Krysmanski (2010, 195-197) zu Recht darauf hin, dass sich ausgehend von den gesellschaftlichen Machtkomplexen „mit einer hochgradig computerisierten Binnenorganisation (...) hinter unserem Rücken und an den überraschendsten Orten schon *verwissenschaftlichte Planung* im Sinne des *historischen Materialismus*“ als das unerwartete Entstehen des Neuen im Alten ausmachen lasse. Vielen der „durcheinandergerüttelten Funktionseliten aus dem zweiten und dritten Glied ist zuzutrauen, dass sie über ihre eigene Rolle in den Herrschaftsstrukturen intensiver nachzudenken beginnen und Spaß bekommen am Ziel eines elektronisch abgestützten Netzwerks friedlicher Assoziationen, in denen die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Man muss also, wenn man heute neu über Wirtschaftsdemokratie nachdenken will, das Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie unter den Bedingungen der inzwischen erreichten Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit sehr grundlegend neu durchdenken.<sup>7</sup> Aber blicken wir zunächst auf die konzeptionellen Anknüpfungspunkte aus älteren Entwicklungslinien zurück.

#### 4. Mitbestimmung und Neue Wirtschaftsdemokratie sauber unterscheiden

Die Montanmitbestimmung, mit ihrem Rückbezug auf das ADGB-Konzept von 1928 war im DGB Grundsatzprogramm von 1949 gedacht als Einstieg in die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Der ist bekanntlich nicht gelungen. Wir haben seither – auf der Entwicklungslinie von BetrVG (von 1952, 1972 ff), MitbestG' 76 und Eurobetriebsräten so etwas wie industrielle Demokratie durch repräsentative Vertretungsstrukturen mit v. a. sozialpolitischen Rechten, nur rudimentären demokratischen Rechten der Einzelnen und keinem wirklichen Einfluss auf zentrale wirtschaftliche Entscheidungen. Und wir haben so eine Mitbestimmung, die von ihren wirtschaftsdemokratischen Wurzeln weitestgehend getrennt wurde, und die sich seit ca. 30 Jah-

---

G. Agamben (2002), J. Rancière (2002), Soziologen wie Z. Bauman (1999, 2003) und C. Crouch (2008) oder Politikwissenschaftlern wie Heil/Hetzel (2006), C. Mouffe (2007), P. Manow (2008), W. Fach (2008) (zur Diskussion vgl. Martens 2010,75-110). Die Krise der Politik ist inzwischen auch Gegenstand empirischer Untersuchungen zu wachsender Parteienverdrossenheit (Embacher 2009) wie auch einer zunehmenden Anfälligkeit größerer Bevölkerungsteile für rechtspopulistische „Lösungsangebote“ (Decker u. a. 2010). Es kennzeichnet einen Wandel von Einschätzungen, dass W. Streeck, um die Jahrtausendwende noch engagierter Politikberater rot-grüner Politik im Zeichen von „New Labour“, die nach der neuen Weltwirtschaftskrise gerne behauptete „Rückkehr des Staates“ nicht erkennen kann, vielmehr meint, dass er sein letztes Pulver verschossen habe (Streeck 2009) und im Sommer 2010 in einem Interview in der SZ die (selbstverschuldete) Ohnmacht der Politik desillusioniert als „Gesundbeten“ charakterisiert.

<sup>7</sup> Und entsprechende Debatten, an deren Organisation ich mich im Rahmen des Forums Neue Politik der Arbeit aktiv beteilige (vgl. Scholz/Martens 2010), stehen erst am Anfang.

ren gegenüber dem neoliberalen Rollback in der Defensive sieht (Höpner 2004, Martens/Dechmann 2010,103-127).

Gleichwohl ist die deutsche Mitbestimmung nach wie vor eine wesentliche Grundlage vergleichsweise weit reichender institutioneller Macht der deutschen Gewerkschaften.<sup>8</sup> Die Institutionellen Bastionen repräsentativer Interessenvertretung wurden zunehmend ausgehöhlt. Und die neue Akzeptanz von Mitbestimmung seit der Krise 2008 sollte hier nicht zu falschen Schlüssen verleiten: Schon nicht im Hinblick auf eine wirkliche Stärkung gewerkschaftlicher Interessenvertretung und erst recht nicht im Hinblick auf neue wirtschaftsdemokratische Impulse. Es ist deshalb gedanken- und theorielos wenn z.B. F. Hörisch (2010) - in zudem hoch selektiver Anknüpfung an das Betriebsrätegesetz von 1920, das BetrVG von 1952, das MitbestG'76 und die Euro-Betriebsräte -, allein über „die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise<sup>9</sup> mit der Forderung „mehr Demokratie wagen – auch in der Wirtschaft“, den Eindruck einer wirtschaftsdemokratischen Kontinuität erweckt und zugleich die Hoffnung schürt, mit dem begrenzten Ausbau vorhandener institutioneller Strukturen Problemlösungen im Sinne von Stabilität und Nachhaltigkeit anbieten zu können.

## **5. Für „Neue Wirtschaftsdemokratie“ sind ökonomische und politische Zugänge gleich wichtig**

Der „klassische“ Anspruch von Wirtschaftsdemokratie war: (1) Vervollständigung der Demokratie und (2) Überwindung der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Ökonomie, anknüpfend an die schon erreichte Phase des vermeintlich „organisierten Kapitalismus“, durch mehr Planung – und es ging dabei fast nie (auch schon nicht in den Sozialisierungsdebatten in Deutschland nach der Novemberrevolution (vgl. v. Oertzen 1976) um mehr Demokratie durch die Arbeitenden selbst. Die im wilhelminischen Obrigkeitsstaat sozialisierte Arbeiterschaft, die Massenarbeiter noch vor Beginn des Fordismus<sup>10</sup> wurden nach 1918 gerade auch in der sozialistischen Arbeiterbewegung noch kaum als die potentiellen, und je individuellen Subjekte ihrer eigenen Befreiung gesehen. Die Hoffnungen und Erwartungen in Planung und Planungsbürokratien wa-

---

<sup>8</sup> Zur Unterscheidung struktureller, organisatorischer und institutioneller Macht von Gewerkschaften vgl. Brinkmann u.a. 2008, zur trotz fortgeschrittener Erosionsprozesse vergleichsweise immer noch beachtlichen Ressource institutioneller Macht in Deutschland siehe zuletzt am Beispiel der Automobilzulieferindustrie Jürgens/Lippeck 2010 und für die gleiche Branche das informative Fallbeispiel bei Martens/Dechmann 2010,54.

<sup>9</sup> Die Wortwahl signalisiert im Übrigen zudem eine Verharmlosung der ökonomischen Krisenentwicklungen, von den parallelen ökologischen und politischen Krisenprozessen nicht zu sprechen.

<sup>10</sup> Lebendig und frei von jeder mythischen Überhöhung als Teile des Kollektivsubjekts „revolutionäre Klasse“ z.B. in den Erinnerungen des Parteiarbeiters Karl Retzlaw (1971) im Zusammenhang der Berliner Munitions-arbeiterstreiks 1918 beschrieben.

ren zugleich seit den Debatten von 1919 zumindest umstritten. Die damaligen Sozialisierungskommissionen haben, wie in der Analyse bei v. Oertzen (1976) nachzulesen ist, von Anfang an Zweifel an der ökonomischen Effizienz staatlicher Planungsbürokratien, und die Demokratiefrage, beginnend im Arbeitsalltag der Menschen, spielt in diesen Debatten, anders als in den Rätebewegungen der Zeit, bestenfalls eine sehr deutlich nachgeordnete Rolle.<sup>11</sup>

Überlegungen zu Weiterentwicklungen der repräsentativen parlamentarischen Demokratie (also im „klassischen“ Raum der Politik) wurden konzeptionell kaum einmal angestellt – ein wenig in Deutschland in den 1970er Jahren des „mehr Demokratie wagen“. Das Verhältnis von repräsentativer Demokratie und radikaldemokratischen Ansätzen - von Jeffersons radikaldemokratischem Selbstverständnis (Arendt 1974) bis zu den Räten in den proletarischen Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts - ist in einer neuen arbeitspolitischen Dimension – also im Blick auf die Demokratisierung betrieblicher Herrschaftsverhältnisse – kaum einmal aufgegriffen worden. Neue radikaldemokratischen Beteiligungsansätze aus dieser Zeit, von R. Jungks „Zukunftswerkstätten“ (Jungk/Müllert 1981) bis zu P. Dienels „Planungszellen“ (Dienel 1977 und 1997), erlebten nur einen kurzen Frühling – und dies vornehmlich in Bezug auf Bereiche außerhalb der Sphäre der Produktion.<sup>12</sup> Entsprechende grundsätzliche Überlegungen bei P. Feyerabend (1980)<sup>13</sup> verblieben im Rahmen philosophischer und wissenschaftstheoretischer Debatten. Über praktische Erfahrungen mit bürgernahen Beteiligungsformen ist typischerweise, etwa auf der Wuppertaler Tagung zu 25 Jahren Erfahrungen mit Planungszellen<sup>14</sup> vor allem im Zusammenhang mit Aufbruchphasen berichtet worden: in Spanien, insbesondere Katalonien, nach Franko,

---

<sup>11</sup> J. Schumacher (1978,381) – die Erstausgabe des Buches wurde von besagtem K. Retzlau 1937 im Pariser Exil herausgegeben - zitiert in diesem Zusammenhang einen bemerkenswert hellsichtigen, in das Gesamtwerk nicht aufgenommenen Text E. Blochs von 1917 (!): „Jedes Volk hat nur den Sozialismus zu erwarten, den es aufgrund seiner erungenen bürgerlichen Freiheiten verdient. Sozialismus ohne weitergehende Kontrolle von unten, ohne durchgängige zwar regulierte doch nicht dominierte Demokratie ist lediglich ein Preußentum ohne Privateigentum, also Staatssozialismus mit Akzent auf Staat.“

<sup>12</sup> Auf beide Sphären bezogen waren die Beiträge zum Themenbereich Partizipation auf dem Soziologentag 1976 (Pirker 1978).

<sup>13</sup> In „Erkenntnis für freie Menschen“ heißt es in erkenntnistheoretischer wie politischer Perspektive: „Bürgerinitiativen und nicht Erkenntnistheorie verschaffen uns Freiheit. (...) Freie Gesellschaften werden geschaffen und verändert durch Bürgerinitiativen und die damit verbundenen offenen Verfahrensweisen. Er lernt hier, wie man Probleme erkennt, wie man sich nötige Kenntnis aneignet, wie man ihre Haltbarkeit prüft, er lernt, wie man entscheidet, indem er selbst Entscheidungen trifft und ihre Folgen studiert. Keine Schule, kein Lehrplan, kein noch so kluges Buch kann diese Erfahrung ersetzen“ (Feyerabend 1980, 163 u. 165f).

<sup>14</sup> Vgl. zu Erfahrungen mit P. Dienels Planungszellen den Tagungsbericht: „Reflexive Demokratie – 25 Jahre Planungszelle. Es geht darum die Bürgerrolle wirklich zu öffnen“ (Martens 1998), sowie genereller zu Konzepten und Modellen (Martens 2002).

und punktuell unter Aufnahme von Impulsen aus der Agenda 21<sup>15</sup>, in Südafrika nach dem Ende der Apartheid. Solche Beteiligungsmodelle werden aber heute wieder infolge der Reaktionen der Menschen auf die hayekanische „Postdemokratie“ der EU zum Thema.<sup>16</sup> Die Auseinandersetzungen um „Stuttgart 21“ sind hier das aktuelle Stichwort.

Im Hintergrund gewerkschaftlicher Vorstellungen, die sich seit den 1970er Jahren mit dem „Modell Deutschland“ verknüpften, stand außerdem ein relativ schlichtes und durch die seinerzeit beginnende Ökologiebewegung weithin noch unangefochtenes Modell von „Arbeit-Fortschritt-Glück“ (Martens/Peter/Wolf 1984) mit problematischen Vorstellungen mehr oder weniger gradliniger weiterer evolutionärer gesellschaftlicher Fortschrittsentwicklung. Das steht aber mittlerweile im Zeichen der ökologischen Krise zur Disposition. Es geht heute um „das Ganze der Arbeit“ (Kambartel 1994, Biesecker 2004), also die Berücksichtigung aller Kategorien gesellschaftlich notwendiger Arbeit, bei allen Bemühungen um die Entwicklung eine „Weltordnungspolitik“ (Negt 2006), auf die lokales Handeln bei globalem Denken zielen muss,– und „neue Wirtschaftsdemokratie“ kann deshalb auch nicht nur einfach Produzentendemokratie

---

<sup>15</sup> Die „Rio-Deklaration“ der Konferenz der Vereinten Nationen für „Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 und der Agenda 21 zielten auf eine Stärkung der Rolle wichtiger gesellschaftlicher Gruppen und die Entwicklung neuer Beteiligungsformen. Damit verbanden sich Hoffnungen darauf, dass die 1990er Jahre zum einen Jahrzehnt ökologischer Erneuerung werden könnten. In der Bundesrepublik Deutschland ist der weitere Diskurs geprägt durch das Umweltgutachten des Sachverständigenrates der deutschen Bundesregierung von 1994, die Berichte der Enquetekommissionen des Bundestages von 1994 und 1998 „Schutz des Menschen und der Umwelt“ sowie die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertalinstituts für Klima, Umwelt und Energie, die 1995 im Auftrag von BUND und MISERIOR erstellt wurde. Ökologische Erneuerung wurde in diesem Kontext zu einer Herausforderung auch für die Gewerkschaften. Die Mobilisierung nicht nur von politisch administrativem System, Parteien Verbänden und Wirtschaft, sondern auch von weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren, Bürgern und Medien wäre am Beginn dieses Prozesses zu erhoffen gewesen. Tatsächlich sind Impulse eines deutlichen Demokratisierungsschubs in diesem Sinne eher ausgeblieben. Zwar hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen deutlich der ökologischen Dimension eine vorrangige Rolle vor der sozialen und ökonomischen gegeben (Wolf, Paust-Lassen 2002, 23), dabei aber den „verantwortlichen homo oeconomicus (postuliert), der egoistisches unternehmerisches Handeln mit moralischem Handeln in Einklang bringt“ (Wolf, Paust-Lassen 2002,24) und so die Impulse der Agenda eher in ein übergreifendes neoliberales und entpolitisiertes Modernisierungskonzept eingepasst. Die erhofften „politischen Innovationen“ (Lange 2010) blieben weitgehend aus.

<sup>16</sup> F. O. Wolf zitiert in diesem Zusammenhang eine sehr erhellende Definition ‚moderner Politik‘ die ihm zu Zeiten seiner Mitgliedschaft im Europäischen Parlament der EU-Kommissar Martin Bangemann gegeben hat, und „für die das Verfahren der Gesetzgebung auf der Grundlage der Volkssouveränität angesichts der Schnelligkeit und Komplexität der vor allem technischen Entwicklung viel zu langsam und umständlich wäre: Klare Festlegung von Zielen und Kriterien durch rechtsverbindliche internationale Konventionen und Schaffung einer allein kompetenten Interpretationsinstanz mit Sanktionsmacht. Bangemanns Beispiel war damals der WTO. Aber auch andere Strukturen der neueren ‚global governance‘ und eben die EU selbst erfüllen die Anforderungen dieses hayekanischen Programms einer Aushöhlung demokratischer Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten“ (Wolf 2009,27f).

sein, und es wird in ihr nicht zuletzt auch um einen neu zu definierenden Fortschrittsbegriff im, Sinne ökonomischer, ökologischer, sozialer und institutioneller Nachhaltigkeit gehen müssen.

## **6. Die Krise der Demokratie erzwingt heute, Wirtschaft und Demokratie neu zu denken**

Das demokratische Projekt der Moderne ist heute gerade einmal 240 Jahre alt. Es begann und wurde noch gedacht - z. B. ganz explizit bei T. Jefferson (Nicolaisen, 1995,61ff und 87ff) - in und im Hinblick auf agrarische und noch zutiefst patriarchal geprägte Gesellschaften - und im Rückgriff auf die antike demokratische Tradition. Mit seinem Beginn gibt es aber wie erwähnt dann auch utopisch sozialistische Ansätze der Umgestaltung manufakturerer und industrieller Produktion.<sup>17</sup> Durchgesetzt hat sich hingegen im 19. Jahrhundert, in einem spannungsreichen und konfliktbehafteten Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie, das liberale Politikmodell mit der Trennung der Sphären von Wirtschaft und Demokratie.

Aus der großen Krise von 1929ff erwuchs dann aus den Kämpfen der sozialen Klassen auf dem „schwierigen Weg zu einer solidarischen Gesellschaft“ (Roesler 2010) der keynesianische demokratische Wohlfahrtsstaat mit seiner Vorstellung einer „sozialen Bürgerschaft“ (Balibar 2008) für alle Bürgerinnen und Bürger. Dieses Konzept ist heute - u. a. im Zeichen von Überakkumulationskrisen und Verselbständigung einer aufgeblähten Finanzwirtschaft - nach über 30 Jahren neoliberalen Roll Back in der Krise. Allerdings sollte man den Neoliberalismus an dieser Stelle auch nicht stärker machen als er ist. Es gab fortwährende, und z. T. bemerkenswert erfolgreiche Gegenbewegungen – insbesondere in Lateinamerika, wo das radikale neoliberale Projekt nach dem Militärputsch in Chile ja seine ersten experimentellen Schritte begonnen hat.<sup>18</sup>

---

<sup>17</sup> E. Krippendorf (2001, 172) berichtet in seiner „Duographie“ über T. Jefferson und J. W. Goethe über die „utopische Gemeindegründung“ Nashoba (indianisch für Wolf), (mit radikaler Güterteilung, Gleichheit und Vergesellschaftung, Überwindung der Sklaverei, Förderung von Mischehen) durch F. Wright, die seinerzeit interessanterweise neben Robert Owen auch den Marquis de Lafayette als „Aufsichtsratsmitglieder“ gewonnen hat, von einem bemerkenswerten Brief des damals schon 82jährigen Jefferson, der die Bitte um Mitgliedschaft in diesem „Aufsichtsrat“ mit Verweis auf sein schon sehr hohes Alter abschlägig beantwortet, dann aber mit den Worten endet „Jeder Plan, der irgendetwas bewirken kann, um jenes Endziel (der Überwindung der Sklaverei, d. V.) zu erreichen, jedes Experiment sollte unternommen werden. Das, was sie vorschlagen, ist zweifellos den Versuch wert“ (Krippendorf 2001, 172).

<sup>18</sup> U. Müller Plantenberg (2003) hat die konterrevolutionäre Umgestaltung der chilenischen Ökonomie nach dem Militärputsch von 1973 entsprechend den Vorstellungen der Chicago Boys detailliert nachgezeichnet. Zu den Gegenbewegungen für eine Politik nach dem Neoliberalismus in Lateinamerika vgl. die Anaölyser von H.-J. Burchardt (2004).



In Europa haben wir, forciert durch das politische Vakuum infolge der Implosion des „Realsozialismus“ – an dem nach einem Bonmot von Rudi Dutschke alles real war, nur nicht der Sozialismus -, heute eine zunehmend postdemokratische hajekanische Elitenherrschaft mit ihren ganz eigenen „Parallelwelten“ (vgl. Goudevert 2008,104, Martens/Dechmann 2010,66f). Die Debatte um die Krise der Politik, die dadurch ausgelöst worden ist, ist zunehmend nicht mehr nur eine akademische Debatte. Die Krise der Demokratie kommt gerade in der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft an, wie Stuttgart 21 zeigt. Das Nachdenken über Wirtschaft und Demokratie bekommt von hier her also zusätzliche Impulse.

## **7. Die Ökologische Krise wird nicht nur über den Markt gelöst**

Die „große Krise“ 2008ff ist – anders als die von 1929ff – u. a. auch eine massive ökologische Krise. In der Bundesrepublik können wir gerade beobachten, wie die wirtschaftlichen und politischen Eliten sie im Bereich der Energiepolitik verschärfen. Zugleich setzt sich hier fort, dass die Politik sich gegenüber der Wirtschaft ihres Primats begibt. Trotz erkennbar dramatischer Entwicklungen (Weltklimakrise, absehbarer Peak-Oil) erweist sich die Politik der herrschenden Eliten zu wirklich umsteuernden Eingriffen als weitgehend unfähig, und den Bemühungen um die Entwicklung und Vermarktung nachhaltigerer Produkte sind durch die Zwänge einzelwirtschaftlicher Rationalität offenkundig systematische Grenzen gezogen.<sup>19</sup> Auf der anderen Seite sind alternative Handlungsansätze aus den 1980er Jahren – etwa unter Stichworten wie Investitionslenkung oder Konversion – verloren gegangen (Lötzer 2010).

Es bedarf deshalb auch von dieser Seite her eines neuen Nachdenkens darüber, ob und wie die Gesellschaft – zusätzlich zu politischen Rahmensetzungen und Eingriffen für bzw. in den Markt, über die gesellschaftliche Interessen zur Geltung gebracht werden können, eine solche „Sozialisierung der Investitionen“ erreichen kann, dass z.B. über gesellschaftliche Mobilitäts- oder Energiekonzepte seitens der damit befassten Wissensarbeiter auch jenseits der Zwänge einzelwirtschaftlicher Rationalität folgenreich nachgedacht werden kann.

## **8. Die Fortschreitende soziale Spaltung der Gesellschaft erfordert massive Impulse für öffentliche Dienstleistungen und öffentliches Eigentum**

---

<sup>19</sup> In einer neuen empirischen Untersuchung zum Verhältnis von Markt und Staat von M. Angerick: Nach uns ohne Öl. Auf dem Weg zu nachhaltiger Produktion, Marburg, rezensiert in der SZ vom 18. 10. Heißt es. „Man produziert im Hier und Jetzt; die Frage, was in einigen Jahrzehnten sein wird (...) wird nicht in die Betrachtung einbezogen.“ und: „Nachhaltige Automobilproduktion in Deutschland im Jahre 2030“ handelt nur von der Herstellung des Autos, nicht von seiner Zukunft angesichts einer sinkenden Ölproduktion. Gezeigt wird nur die „Strategie“ zu einer nachhaltigen Produktion eines absterbenden, weil eben nicht nachhaltigen Produkts.

Wie die Vielfalt empirischer Entwicklungen auch unter gegebenen Bedingungen neoliberaler Globalisierung z.B. anhand des „nordischen Modells“ zeigt (Brödner u. a. 2009), gibt es andere Möglichkeiten der Finanzierung und Organisation sozialer Dienstleistungen – und damit zugleich der massiven Förderung von Beschäftigung. Seit der ökonomischen Krise 2008ff ist auch die „Wiederkehr von Keynes“ (Krugman) im vom neoliberalen Mainstream beherrschten ökonomischen Diskurs immerhin ein Thema. Die Realität staatlicher Wirtschaftspolitik ist in Europa allerdings nach wie vor ganz im Gegenteil hierzu geprägt von der irrigen Vorstellung, die seit dem Aufspannen von Schutzschirmen für die Finanzwirtschaft mehr denn je verschuldeten Staatshaushalte durch eine rigide Sparpolitik sanieren zu können. Aber in deren Folge drohen deflationäre Abwärtsspiralen.<sup>20</sup>

Angesichts der damit gegebenen Drohung weiterer gesellschaftlicher Spaltungsprozesse kann „neue Wirtschaftsdemokratie“ im Sinne einer Mobilisierung von Potentialen der lebendigen Arbeit als Antwort auf politische und ökologische Krisenprozesse nur eine realistische Perspektive werden, wenn staatliche Wirtschaftspolitik wirklich durch die „Rückkehr von Keynes“ - und zwar des ganzen Keynes, also mit Umverteilung von oben nach unten, Stärkung staatlicher Vor- und Fürsorge, Arbeitszeitverkürzung und Sozialisierung der Investitionen (vgl. Zinn 2007) - in die Lage versetzt wird, nachhaltige Antworten auf die gegenwärtige Krise „sozialer Bürgerschaft“ (Balibar 2008) zu entwickeln.

## **9. Wirtschaftsdemokratie „von unten“ und „von oben“ her denken**

Selbst das neoliberale Einheitsdenken“ unserer Zeit - das mit der Krise von 2008ff Risse bekommen haben mag, aber noch keineswegs aufgebrochen worden ist - fordert längst den selbsttätig mitdenkenden und -handelnden „Arbeitskraftunternehmer“. Partizipation der Einzelnen ist also gefordert, aber „Partizipation und/als/statt Demokratie“ (Moldaschl 2004). Aus demokratietheoretischer Sicht könnte man hier sofort einhaken. Aber man sollte zunächst einmal festhalten: das Beteiligungspotential der Menschen in der – bis heute wesentlich demokratiefrei gedachten -Sphäre der Wirtschaft (vgl. Lieb 2009) war noch nie so groß wie heute (Martens 2010,111-129). Und

---

<sup>20</sup> Dass solche Einschätzungen nicht nur von Beobachtern auf Seiten der Linken formuliert werden, soll hier in Erinnerung gerufen werden. Der erfolgreiche Investor George Soros hat z. B. am 21.10. 2010 auf einer Konferenz der BMW Stiftung konstatiert, Europa mache alles falsch und steuere mit seinem „sturen, ja doktrinären Beharren auf den Maastrichter Stabilitätskriterien (...) sehenden Auges auf die Katastrophe zu: eine lange Phase der Stagnation oder, schlimmer noch, einer deflationären Spiraler, einer Rezession mit fallenden Preisen also wie in den neunziger Jahren in Japan oder der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre“ (SZ 22./23. 10. 2010). Mit den von ihm vorgeschlagenen europäischen Energie- und Infrastrukturprojekten, orientiert am Beispiel des New Deal, setzt er dann aber wohl nur auf die bessere Einsicht der herrschenden Eliten und blendet die vielfältigen einander überlagernden weiteren Krisen in Ökologie und Politik eher aus.

das gilt vom High-Potential bis hin zu den Beschäftigten in der Filiale eines Discounters.

Schon allein aus demokratietheoretischer Perspektive stellt sich deshalb heute die Frage, ob eine Gesellschaft wie die unsere es eigentlich hinnehmen will und kann, das im Verlauf von ungefähr 10 Jahren für fast  $\frac{1}{4}$  aller abhängig Beschäftigten Arbeitsplätze in einem Niedriglohnbereich entstanden sind, in dem das Management die Reduktion von Lohnkosten als systematische Strategie verfolgt, abweichende Interessen negiert und bekämpft und seine Beschäftigten, die zu ca.70 Prozent über eine qualifizierte Ausbildung verfügen, in einer autoritären Anordnungskultur wie „billiges und williges Vieh“ behandelt (Artus 2010). „Wirtschaftsdemokratie von unten“ (Peter 2010), d. h. gesicherte, in ihrem demokratischen Potential wertgeschätzte und mit repräsentativen Mitbestimmungsstrukturen verknüpfte Beteiligung der Beschäftigten auch in einem privatrechtlich verfassten Raum der Wirtschaft, ist deshalb für jedes neue denkbare wirtschaftsdemokratische Konzept ein ganz zentraler Punkt.<sup>21</sup>

Die Gewerkschaften haben im Zyklus 2002 bis 2008 viel getan, um die Beschäftigten in diesem Bereich im, Hinblick auf Fragen ihrer unmittelbaren Interessenvertretung zu mobilisieren. Aber hier geht es um gesellschaftspolitische Entwicklungen, die man arbeitspolitisch skandalisieren kann und muss. Unsere demokratische Gesellschaft muss sich fragen, ob sie es eigentlich hinnehmen kann und will, dass ein Viertel der in ihr erwerbstätig Beschäftigten unter Bedingungen arbeiten, die sozial unsäglich sind – und späterer Altersarmut Vorschub leisten – und zugleich für ihr demokratisches Selbstverständnis schlicht ein Skandal sind, auf den z.B. neue gesetzliche Antworten, wie z. B. die zwingende Wahl von Betriebsräten, gefunden werden müssten. Ähnliches ist ja in der Aufbruchphase sozialdemokratischer Reformpolitik am Ende der 1960er Jahre auch einmal für Arbeitsgruppensprecher in der Industrie überlegt worden. Ein Nachdenken in dieser Richtung, oder auch die Verknüpfung mit heutigen Ansätzen gewerkschaftlicher Kampagnenpolitik (vgl. Brinkmann u.a. 2008, Hälker 2008) weist daher immer auch Berührungspunkte zu einer Verlebendigung innergewerkschaftlicher Demokratie auf.

## **10. Neue Wirtschaftsdemokratie stellt primär Steuerungs- und nicht Eigentumsfragen**

Neue Wirtschaftsdemokratie zielt auf eine Stärkung und Verlebendigung demokratischer Rechte der Einzelnen Vielen in Wirtschaft und Gesellschaft vor allem durch die Einführung und/oder Stärkung demokratischer Kontroll- und Gestaltungsrechte in der privatrechtlich verfassten Sphäre der Wirtschaft. Ein solcher Prozess ist verknüpft mit einer Stärkung schon vorhandener repräsentativer Strukturen – einschließlich der Frage nach der Institutionalisierung neuer Strukturen, etwa im Hinblick auf eine an

<sup>21</sup> Dass es dazu in hochkomplexen Gesellschaften keine einfachen basisdemokratischen Antworten gibt, wurde ja schon hinreichend betont.

den Interessen der Menschen und nicht vor allem an den Renditeerwartungen der Wirtschaft orientierte regionale Strukturpolitik. Solche Demokratisierungsprozesse auf den und in Bezug auf die verschiedenen Ebenen wirtschaftlichen Handelns sind heute auf Grundlage der gesellschaftlich entfalteten Produktivkraft der Arbeit möglich. Sie sind aber stabil nur denkbar im Rahmen einer staatlichen Wirtschaftspolitik, die statt aus der Froschperspektive einzelwirtschaftlicher Rationalität unter Gesichtspunkten gesamtwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Rationalität betrieben wird. Dass dies heute in Europa mit korrespondierenden Veränderungen der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene verbunden sein muss (vgl. Scholz u.a. 2009), liegt auf der Hand.

Die Entfaltung wirtschaftsdemokratischer Bürgerrechte knüpft an an Balibars Überlegungen zu den philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats und das darin entwickelte Konzept „sozialer Bürgerschaft“. Balibar (2008) versteht darunter die Erweiterung der politischen Bürgerrechte in der Folge der sozialen Kämpfe des 20. Jahrhunderts, über die „die ‚Arbeit‘ der grundlegende Bezugspunkt des Politischen“ (a. a. O. 83) geworden sind<sup>22</sup> - weshalb sich für die Gegenwart die Frage nach Demokratie als politischem und sozialem Projekt stellt (Lieb 2009). Im Ergebnis des neoliberalen Roll Backs der vergangenen dreißig Jahre spricht Balibar für unsere Gegenwart von einer „tiefen Krise sozialer Bürgerschaft“ (a.a.O. 82). Arbeitspolitische Initiativen für eine neue Wirtschaftsdemokratie zielen vor diesem Hintergrund darauf ab, angesichts der Krisenhaftigkeit des neoliberalen kapitalistischen Entwicklungsmodells soziale Bürgerschaft über die Ausweitung demokratischer Rechte, in der bisherigen Sphäre der Politik, aber eben auch in der privatrechtlich verfassten Sphäre der Wirtschaft zugleich, zu erweitern und neu zu befestigen. Neue Wirtschaftsdemokratie ist deshalb immer sowohl ein demokratisches als auch ein wirtschaftspolitisches Konzept.

Es geht also nicht vorrangig um Eigentumsfragen (etwa Verstaatlichung), auch wenn die Stärkung öffentlichen Eigentums nach den folgenreichen Fehlentwicklungen neoliberaler Politik fraglos unmittelbar ein wichtiges Thema ist. Es geht vielmehr um demokratisch kontrollierten Einfluss auf die tatsächlich entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragen. J. Schumacher hat das in einem 1971 verfassten Anhang zu seiner bereits zitierten Untersuchung im kritischen Blick auf den damals noch existierenden Realsozialismus pointiert formuliert: „Offensichtlich kommt es nicht so sehr auf Besitzverhältnisse als auf Kontrollfunktionen an. Die Verneinung des Kapitalismus, summarisch Sozialismus genannt, ist selber noch unfrei, wo immer zentralisiert bürokratische Apparate Sonderinteressen gegen das Volk im Ganzen verfolgen (und das braucht den ‚Apparatschiks‘ nicht bewusst zu sein). Es kommt also weiterhin auf eine zweifache Verneinung an: die erste geht gegen falsches Besitzen der Produktionsmittel, die zweite gegen verselbständigtetes Verfügen über die Produktionsbedingun-

---

<sup>22</sup> Der Begriff der ‚Arbeitspolitik‘ (Naschold 1985) entsteht so auch erst aus der wissenschaftlichen Verarbeitung der sozialen Konflikte der reformpolitischen Konstellation der 1970er Jahre.

gen (Produzenten und Produkte).<sup>23</sup> Nimmt man die gegenwärtigen Herausforderungen im real existierenden Kapitalismus, geht es also etwa um:

- Zukunftsperspektiven von industriellen Leitbranchen (Automobil, Chemie, Maschinenbau) z.B. durch neue Mobilitätskonzepte (Lötzer 2010, Krull 2010)),
- eine ökologisch wie industriepolitisch nachhaltige Energiepolitik (Redaktion Sozialismus 2010),
- eine erneuerte, steuerpolitisch gesicherte Politik staatlicher Vor- und Fürsorge (Heintze 2008),
- eine die Binnenmärkte stärkende staatliche und europäische Wirtschaftspolitik.

Dies alles sind zentrale Steuerungsfragen, und Wirtschaftsdemokratie kann da nicht die symbolische Bearbeitung von Nichtigkeiten sein. Dies alles sind zugleich Steuerungsfragen, bei denen erwartet werden kann, dass im Maße wie Formen direkter Beteiligung in der Wirtschaft selbst, in der Kommune, in der Region gestärkt werden, auch sichergestellt ist, dass das Handeln der Repräsentanten stärker an den Arbeits- und Lebensalltag der Menschen rückgebunden bleibt. Außerdem sind sie im Hinblick auf weitere Entwicklungen selbstverständlich zukunfts offen – was nicht nur einem nüchternen von jeder Geschichtsmetaphysik freien Denken entspricht, sondern ebenso dem, Selbstverständnis der frühen bürgerlichen Revolutionäre, wie es z.B. für T. Jefferson einschlägig belegt ist.<sup>24</sup>

## **11. Natürlich stellt sich auch die Instrumentenfrage, aber jede Fokussierung auf sie greift zu kurz**

Natürlich stellt sich hier immer auch die Instrumentenfrage – im „klassischen“ Diskurs auf die drei Ebenen von Betrieb/Unternehmen, Region und Staat bezogen.<sup>25</sup> Es geht also im Hinblick auf Lösungsschritte in Bezug auf die angesprochenen vielfältigen Krisenentwicklungen in Ökonomie, Ökologie und Politik um:

---

<sup>23</sup> Vgl. in der jüngeren Diskussion J. Beerhorst (2009), der in Bezug auf den gleichen Zusammenhang die systematische Unterscheidung von Verstaatlichung und Vergesellschaftung in Erinnerung ruft.

<sup>24</sup> H. Arendt (1974, 298-306) führt aus, wie Thomas Jefferson – in großer Ratlosigkeit nach den Scheiternserfahrungen der französischen Revolution der Aporie nachgegangen ist, dass „das Prinzip öffentlicher Freiheit und öffentlichen Glücks, ohne das keine Revolution auch nur denkbar ist, das Privileg der Gründergeneration bleiben könnte“ (a.a.O. 299) und überlegt hat, wie nach erfolgreicher Revolution deren revolutionärer Geist bewahrt werden könne. Heil/Hetzel (2006, 11) betonen in ähnlicher Stoßrichtung in Anlehnung an Lefort: „Vermittelt über den demokratischen Prozess entwirft, erfindet und vollzieht sich die Gesellschaft immer wieder neu.“

<sup>25</sup> Vgl. aus der jüngeren Diskussion u. a. die Beiträge von Meine/Stoffregen 2010, Hirschel/Schulten 2010, Bontrup (2010) Detje/Martens/Schmitthenner 2010

- Beteiligung und Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen, aber auch in der Kommune,
- Beteiligung bei der Gestaltung der regionalen Arbeits- und Lebenszusammenhänge und die Sicherung der Ressourcen für eine moderne Dienstleistungsgesellschaft,
- die strukturpolitisch bedeutsame Frage, was wie und wofür produziert werden soll,
- generell um die Sicherung des Primats der Politik und die Rückeroberungen von Spielräumen staatlicher Wirtschaftspolitik
- und schließlich auch darum, wie all dies auf der supranationalen, europäischen Ebene angemessen flankiert werden kann.

Aber die praktisch politischen Fragen lauten dann zunächst einmal: Wo sind heute die praktischen Anknüpfungspunkte? Wo lassen sich neue Anknüpfungspunkte schaffen? Wie lassen sich Menschen für die Durchsetzung konkreter Ziele auf den unterschiedlichen Ebenen mobilisieren? Und welche schon lange diskutierten Instrumente und neuen technischen Möglichkeiten stehen zur Verfügung, um zeitnah eine wirkliche Beteiligung der Vielen zu ermöglichen?<sup>26</sup>

Neue Wirtschaftsdemokratie bedeutete in diesem Sinne konkrete Schritte auf dem schwierigen Weg in eine solidarische Gesellschaft, um so gegen die neoliberale Marktideologie die Herbeiführung und Stärkung einer gemischten Wirtschaft zu bewerkstelligen, in der soziale und demokratische Strukturen zur Sicherung der sozialen Bürgerschaft aller fortschreitend ausgebaut werden. So gesehen dürfte sich aus den Erfahrungen des New Deal (vgl. Roesler 2010) für eine neue Wirtschaftsdemokratie - im Sinne der Entfaltung entsprechender zielgerichteter aber ergebnisoffener sozialer Prozesse in einer Konstellation tiefgreifender gesellschaftlicher Verzweigungsmöglichkeiten (Wolf 2008, Wallerstein 2010), also im Übergang zu etwas Neuem - mehr lernen lassen als aus den wirtschaftsdemokratischen Konzepten der deutschen Geschichte.<sup>27</sup>

---

<sup>26</sup> Es ist – gerade beim in marxistischer Denktradition gebotenen Rückbezug auf die historisch erreichte Produktivkraftentfaltung der Arbeit (vgl. Krysmanski 2010) - nicht einzusehen, dass eine Debatte um eine neue Wirtschaftsdemokratie hinter das radikaldemokratische Denken eines Jefferson oder einer Arendt – die für die Sphäre der liberalen bürgerlichen Öffentlichkeit im Blick auf die aktive Beteiligung aller Bürger von der Möglichkeit des „Wunders der Demokratie“ spricht (Arendt 1993) – zurückfallen sollte.

<sup>27</sup> Roosevelt hat 1944 kurz vor seinem Tod – die verheerenden Wirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 für Ökonomie und Politik noch unmittelbar vor Augen, denn der Krieg gegen den Faschismus war ja noch im Gange – erweiterte Grundrechte im Sinne solcher sozialen Bürgerrechte gefordert „ein Recht auf Arbeit, auf Lohn, von dem man leben kann, Gesundheitsfürsorge und Bildung für alle, das Recht auf ein Dach über dem Kopf“ (SZ 12.11. 2009).

## **12. Es geht um Wirtschaft und Demokratie, nicht um Sozialismus – und es gibt hinreichende Anknüpfungspunkte**

Neue Wirtschaftsdemokratie sucht heute Antworten auf vielfältige Krisenentwicklungen und setzt dazu – in Anknüpfung an beste Traditionen der alten, vergangenen Arbeiterbewegung – auf die Mobilisierung der Bürger, auf ihr „Selbertun“ im Rahmen erweiterter technischer Möglichkeiten, und zugleich auf die Stärkung ihrer sozialen Bürgerschaft im Rahmen und zur Verlebendigung oder auch Erweiterung von repräsentativen Strukturen. Sie ist deshalb nicht nur eine Antwort auf die vielfach betonte Doppelkrise von Ökonomie und Ökologie, sondern zugleich, und mit gleichem Gewicht, eine Antwort auf die Krise der Demokratie. Sie wirft Steuerungsfragen in demokratischer Perspektive auf und setzt nicht an der Eigentumsfrage an, zielt allerdings angesichts des Überflusses an Finanzkapital sehr wohl und von Beginn an auf eine Sozialisierung der Investitionen.

Zwar droht gegenwärtig in der Bundesrepublik, angesichts eines überraschend starken, aber doch sehr unsicheren ökonomischen Aufschwungs, die Rückkehr zum „business as usual“, aber eine stabile Entwicklung als dessen Grundlage ist angesichts der vielfältigen einander überlagernden Krisenentwicklungen wie auch des Charakters der ökonomischen Krise als einer „großen Krise“ schwerlich zu erwarten. Zugleich gibt es zahlreiche Ansatzpunkte für wirtschaftsdemokratische Übergangsforderungen, wie z.B.:

- die immer noch ausstehende Reregulierung der Finanzwirtschaft,
- Die Forderung nach „Schutzschirmen für die Realwirtschaft“, wie sie z. B. im Frankfurter Appell der IGM erhoben wurde,
- Forderungen nach Rekommunalisierung,
- die Kritik an der derzeitigen Energiepolitik und das Aufleben der Anti-Atombewegung,
- die Herausforderungen zu einem Nachdenken über nachhaltige Mobilitätskonzepte, die sich mit der kurzfristigen Erholung der Automobilindustrie in der Bundesrepublik keineswegs erledigt haben,
- die in der Mitte der Bürgergesellschaft angekommenen Beteiligungsforderungen (Stuttgart 21),
- die Forderungen von Gewerkschaften und Sozialverbänden nach einer anderen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Entfaltung entsprechender wirtschaftsdemokratischer Ansätze ist durchaus eine tagespolitische Herausforderung. Für ein linkes Cross-Over-Projekt bestünde die Herausforderung darin, eine Verknüpfung und zugleich Konkretisierung solcher Ansätze in einem Konzept „neuer Wirtschaftsdemokratie“ zu betreiben. Dies wäre zugleich eine Herausforderung zum Selbertun vieler Laienexperten aus unterschiedlichen Bereichen gesellschaftlicher Wissensarbeit – und damit auch eine Chance für eine praktische Nagelprobe auf die weiter oben zitierte These von Krysmanski, dass

Vielen der „durcheinandergerüttelten Funktionseliten aus dem zweiten und dritten Glied ist zuzutrauen (sei), dass sie über ihre eigene Rolle in den Herrschaftsstrukturen intensiver nachzudenken beginnen und Spaß bekommen am Ziel eines elektronisch abgestützten Netzwerks friedlicher Assoziationen, in denen die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

### Literatur:

- Agamben, G. (2002) Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt am Main
- Altwater, E.; Sekler, N. (2006): Solidarische Ökonomie, Hamburg
- Arendt, H.(1974): Über die Revolution, München-Zürich
- Arendt, H. (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, hrsgg. Von U. Ludz, München-Zürich
- Artus, I. (2010): Interessenvertretung im Niedriglohnbereich, Vortrag auf der Tagung „Betriebliche Mitbestimmung und gewerkschaftliche Modernisierungskampagnen – Praxis und Forschung in Deutschland, 08./09. Juni 2010, Mühlheim a. d. Ruhr (Mitschrift)
- Balibar, E. (2008): Die philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats. Von der Kritik der Menschenrechte zur Kritik der sozialen Rechte, in: Lindner, U.; Nowak, J. Paust-Lassen, P. (Hg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag, Münster, S. 70-88
- Balibar, E. (2010):Europa: Die endgültige Krise? In: Das Argument 287/ 2010, S. 401-405
- Bauman, Z. (1999): Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg
- Bauman, Z. (2003): Die flüchtige Moderne, Frankfurt am Main
- Beerhorst, J. (2009): Vergesellschaftung! Welche Vergesellschaftung? Über Finanzmarktkapitalismus, Krise und Demokratisierung der Wirtschaft, in: Kritische Justiz – Vierteljahrsschrift für Recht und Politik, 2/2009, S. 148-166
- Biesecker, A. (2004): Arbeit und Ökologie – Thesen. In: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Münster
- Bontrup, H. (2010): Skizze einer Wirtschaftsdemokratie. Vortrag Sommerschule 2010 (Manuskript)
- Borsdorf, U. (1982): Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 264-278
- Brinkmann, U.; Choi, Hae-Lin; Detje, R.;Dörre, K.; Holst, H.; Karakayali, S.; Schmalstieg, C. (2008b): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden
- Brödner, P.; Carl, F.; Heintze, C.; Oehlke, P.; Peter, G.; Zinn, K. G. (2009): Das nordische Modell – eine Alternative?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2009
- Burchardt, H.-J. (2004): Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus, Stuttgart
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- Dahrendorf, W. (2009): Nach der Krise: Zurück zur protestantischen Ethik? Sechs Anmerkungen, in: Merkur Nr. 270, Mai 2009



- Decker, O.; Weißmann, M.; Kiess, J.; Brähler, E. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Bonn
- Detje, R.; Martens, H.; Schmitthenner, H. (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Thesen für eine überfällige Debatte (Manuskript)
- Dienel, P.C. (1977): Zum Schlüsselproblem Legitimation. Ein praktiziertes Modell, in: Matthöfer, H. (Hg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen: Legitimation und Partizipation angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen, Villingen
- Dienel, P.C. (1997): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen
- Eisenberg, C. (1985): Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften, Bonn
- Embacher, Serge (2009): Demokratie! Nein Danke? Demokratieeverdruss in Deutschland, Bonn
- Fach, W. (2008): Das Verschwinden der Politik, Frankfurt am Main
- Feyerabend, P. (1980): Erkenntnis für frei Menschen, Frankfurt am Main
- Goeudevert, D. (2008): Das Seerosenprinzip. Wie uns die Gier ruiniert, Köln
- Hälker, J. (2008) (Hg.): Organizing. Neue Wege gewerkschaftlicher Organisation, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2008
- Heil, R.; Hetzel, A. (2006): Die unendliche Aufgabe – Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: dies. (Hg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 7-23
- Heintze, C. (2008): Der aufhaltbare Abstieg in die polarisierte Ungleichheitsgesellschaft. Deutsche (Staats-)Anorexia und die skandinavische Alternative. Heft 120 der Pankower Vorträge, Berlin im Juni 2008 (Online-Publikation unter: [http://www.axeltroost.de/article/2622.cornelia\\_heintze\\_der\\_aufhaltbare\\_abstieg\\_in\\_die\\_polarisierte\\_ungleichheitsgesellschaft.html](http://www.axeltroost.de/article/2622.cornelia_heintze_der_aufhaltbare_abstieg_in_die_polarisierte_ungleichheitsgesellschaft.html))
- Hirschel, D.; Schulten, T. (2010): Mit Wirtschaftsdemokratie aus der Krise? Gewerkschaftliche Debatten über einen notwendigen Kurswechsel nach der Krise, Berlin (Manuskript)
- Höpner, M. (2004): Unternehmensmitbestimmung unter Beschuss. Die Mitbestimmungsdebatte im Licht der sozialwissenschaftlichen Forschung, MPIfG Discussion Paper
- Hörisch, F. (2010): Mehr Demokratie wagen – auch in der Wirtschaft. Die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise, in: WISO direkt, Februar 2010, S. 1-4
- IG Metall (2009): Aktiv aus der Krise. Gemeinsam für ein gutes Leben. Aktionsplan der IG Metall. FfM, März 2009
- Jungk, R.; Müllert, N. R. (1981): Zukunftswerkstätten, Hamburg
- Kambartel, F. (1994): Arbeit und Praxis, in: Honneth, A. (Hg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie, Frankfurt am Main, S. 123-139
- Krippendorf, E., (2001): Jefferson und Goethe, Hamburg
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a. M.
- Krull, SA. (2010): Krise von Auto und Mobilität: Transformation oder Katastrophe, in: Sozialismus 10/2010, S. 25-28
- Krumbein, W. (2009): Vom Scheitern der „großen“ Kapitalismustheorien im Angesicht von Jahrhundertereignissen, in: Krumbein, W.; Bischoff, J. (2009) Krisendeutungen. Ist marxistische Kapitalismustheorie auf der Höhe der Zeit? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2009, S. 2-29
- Krysmanski, H.-J. (2010): Gesellschaftliche Planung und das System vernetzter Computer, in: Das Argument, 286, 2/2010, S. 195-204

- Lange, H. (2010): Innovationen im politischen Prozess als Bedingungen substantieller Nachhaltigkeitsfortschritte, in: Howaldt, J.; Jacobsen, H. (Hg.): Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma, Wiesbaden, S. 199-216
- Lieb, A. (2009): Demokratie: Ein politisches und soziales Projekt? Zum Stellenwert von Arbeit in zeitgenössischen Demokratiekonzepten, Münster
- Lippert, I.; Jürgens, U. (2010): Corporate Governance, Arbeitnehmerbeteiligung und soziale Innovation. Tätigkeitsbericht und Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse. Erstellt für die Beiratssitzung am 10. 03. 2010 in Düsseldorf, Berlin (Manuskript)
- Lötzer, u. (2010): Bausteine für eine industriepolitische Offensive der Linken. Konversion, Zukunftsfonds und Wirtschaftsdemokratie, Standpunkte, 19/2010
- Manow, P. (2008): Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt am Main
- Martens, H. (1998): „Reflexive Demokratie – 25 Jahre Planungszelle. Es geht darum, die Bürgerrolle wirklich zu öffnen“ – Tagungsbericht, in: ARBEIT 2/1998, S. 179-181
- Martens, H. (2002): Demokratisierung der Demokratie oder Akzeptanzbeschaffung für technokratische Planungen? Zum Stellenwert von Beteiligung in Prozessen der Technikfolgenabschätzung und –bewertung, in: Martens, H. (2002) Die Zukunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu, Münster-Hamburg-London, S. 85-104
- Martens, H. (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
- Martens, H.; Dechmann, U. (2010): Am Ende der Deutschland AG: Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (1984): Arbeit und Technik in der Krise. Gewerkschaftliche Politik und alternative Bewegung, sfs-Beiträge aus der Forschung Bd. 2, Dortmund
- Moldaschl, M. (2004): Partizipation und/als/statt Demokratie. Zum Entwicklungsverhältnis von gesellschaftlicher Demokratisierung und organisationaler Partizipation, in: Weber, G.; Pasqualoni, P.-P.; Burtscher, C. (Hg.): Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung, Göttingen, S. 216-246
- Mouffe, C.. (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main
- Müller-Plantenberg, U. (2003): Die schwarze Utopie der Chicago Boys. Chile als Beispiel für Theorie und Praxis des Neoliberalismus, in: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.) (2003): Mut zur konkreten Utopie. Alternativen zur herrschenden Ökonomie, S. 153-168
- Naphtali, F. (1977/1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt
- Naschold, F. (1985): Zum Zusammenhang von Arbeit, sozialer Sicherung und Politik. Einführende Anmerkungen zur Arbeitspolitik. In: Naschold, F. (Hg.): Arbeit und Politik – Gesellschaftliche Regulierung der Arbeit und soziale Sicherung, Frankfurt am Main
- Negt, O. (2006): Menschenwürde in der Arbeitswelt, in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.-; Wolf, F. O. (Hg.): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster, S. 66-77
- Nicolaisen, P. (1995): Thomas Jefferson, Reinbeck bei Hamburg
- Novy, K. (1984): Genossenschaftsbewegung und Arbeiterbewegung, in: Lern- und Arbeitsbuch Deutsche Arbeiterbewegung Bd. III, Bonn

- Oertzen., P. v. (1976) Betriebsräte in der Novemberrevolution ((2. erweiterte Auflage) Berlin .Bonn-Bad Godesberg (Erstaufgabe Düsseldorf 1963)
- Peter, G. (2009): Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgestaltung – Neuinterpretation und Aktualität des HdA-Programms, in: Schröder, L.; Urban, H.-J (Hg.): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Ausgabe 2010, Frankfurt a. M., S. 54-65
- Pirker, T. (1978): Von der Mitbestimmungs- zur Partizipationsforschung, in Bolte, K. M. (Hg.): Materialien zur soziologischen Forschung. Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld, Darmstadt und Neuwied, S. 20-40
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Retzlaw, K. (1971): Spartacus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt am Main
- Reuter, E. (2010): Die Stunde der Heuchler – wie Politik und Wirtschaft uns zum Narren halten
- Roesler, J. (2010): Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2010
- Redaktion Sozialismus (2010): Atomkraft? Ja bitte! Die schwarz-gelbe Energie-Planwirtschaft, in: Sozialismus 10/2010, S. 22-24
- Scholz, D.; Schmidt-Hullmann, A.; Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Pieper, W.; Wolf, F.O. (Hg.) (2009): „Europa sind wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa“, Münster
- Schumacher, J. (1978/1937): Die Angst vor dem Chaos. Über die falsche Apokalypse des Bürgertums, Frankfurt am Main
- Steinbrück, P. (2010): Unterm Strich,
- Streeck, W. (2009): Rückkehr des Staates oder Ende der Politik? Die Gesellschaft als Geisel des Marktes, in: Rüttgers, J. (Hg.): Wer zahlt die Zeche? Wege aus der Krise, Essen, S. 103-111
- Wallerstein, I. (2010): Krise des kapitalistischen Systems – und was jetzt?, in: Wallerstein, I.; Müller, H. (2010) Systemkrise und was jetzt? Utopistische Analysen, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010, S. 1-16
- Wendl, M. (2010): Zurück zur Weimarer Republik? Thesen zur Verstaatlichung, Vergesellschaftung, Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie, [www.die-linke.de\\_linke/nachrichten/detail/browse/1/zurueck](http://www.die-linke.de_linke/nachrichten/detail/browse/1/zurueck).
- Wolf, F. O. (2008): „Innovationsschübe der industriellen Arbeit im Übergang zur Wissensgesellschaft im globalen und europäischen Kontext – zum Stand der deutschen und europäischen Reformdebatte, Berlin (Manuskript)
- Wolf, F.O. (2009): Wie funktioniert europäische Politik und wie kann sie verändert werden?, in: Scholz, D.; Schmidt-Hullmann, F.; Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Pieper, W.; Wolf, F.O., (Hg.): „Europa sind wir“ – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa, Münster, S. 17-39
- Wolf, F. O.; Paust-Lassen, P. (2002): Ökologie der Menschheit – Strategien der Nachhaltigen Entwicklung als Transformationsaufgabe, Berlin
- Zinn, K. G. (2007): Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen. Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in: Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 48-76